

Brüder liegen sich in den Haaren. Ein neuer Judenfresser ist aufgestanden: Herr Graf von und zu Reventlow (Mitglied des Deutschen Reichstages). Herr Reventlow will die Juden mit Stumpf und Stiel ausrotten und bringt dazu wöchentlich eine Zeitung „Der Reichswart“ der Spießwelt vor Augen. Herr Reventlow konnte nicht schlafen und mußte die „Protokolle der Weisen von Zion“ erst gründlich bearbeiten, und siehe da, der „Reichswart“ brachte Woche für Woche Schauernachrichten über Achad Haam und die Protokolle. Achad Haam wollte gerade dieser Elterbeule eine Oeffnung verschaffen und stellte Strafantrag gegen Herrn Reventlow. Vor einem Berliner Schöffengericht mußte nun dieser Judenfresser Reventlow die Behauptung, Achad Haam sei der Verfasser der „Protokolle der Weisen von Zion“, zurücknehmen; er drückte dem ehemals großen Zionistenführer sein Bedauern aus, daß er keine Beweise und Unterlagen beibringen könne. Auch die Kosten mußte der völkische Graf noch zahlen. So sehen also die Verleumdungen der völkischen Herren aus. Aber noch nicht genug, es wird weiter gelogen. Achad Haam ist tot, und frisch und frei wird er wieder der Ueberschuldung der Protokolle bezichtigt. Wie wenig der Inhalt der Schrift der Frau Fry und Müller von Hausen mit der Wahrheit in Einklang zu bringen ist, geht hinlänglich aus der Tatsache hervor, daß sogar Herr Alfred Rosenberg (Busenfreund des Herrn Hitler), der Herausgeber des „Völkischen Beobachters“, in seinem 1923 in erster Auflage erschienenen Buche „Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik“ ihr mit lebhaftem Zweifel begegnete, indem er (Seite 8) schrieb:

„Die Schrift ist in manchen Punkten recht interessant, aber um der Wahrheit die Ehre zu geben, in ihrer Beweisführung nicht zwingend. Die Frage der Autorschaft bleibt also zunächst noch offen.“

So der Völkische Rosenberg selbst über dieses üble Schmutzwerk. Nun schreibt aber der „Völkische Beobachter“ zum Tode Achad Haams:

„In Tel Awiw (Palästina) ist ein Miturheber des ersten Zionistenkongresses zu Basel, Achad Haam, gestorben. Er war einer der zielbewußtesten Kämpfer des Judentums und sicher der eigentliche Vortragende, der die unter dem Namen „Die Protokolle der Weisen von Zion“ bekannten Berichte veranlaßt hat.“

So Herr Rosenberg heute, also wer lügt nun bewußt? Wir als Juden müssen und wollen nochmals feststellen, daß die „Protokolle der Weisen von Zion“ ein übles Machwerk und alle Berichte darüber vollständig erlogen sind und zur Volksverhetzung seit 1918 bewußt beigetragen haben. Die Völkischen werden kein Glück damit erzielen können, jeder denkende Mensch in Deutschland und in der Welt muß feststellen, daß der Schwindel der Protokolle ein aufgelegter ist. S. J.

Aus der jüdischen Welt

Eine jüdische Vertretung beim Völkerbund-Komitee für Staatenlose

Genf. Die Exekutive des Internationalen Komitees für Emigrantenschutz hat Herrn Zevi Aberson, den Repräsentanten des EMIGDIREKT (Vereinigte jüdische Emigrationsgesellschaft), beauftragt, das Internationale Komitee auf der jetzt in Genf tagenden Konferenz des Sachverständigen-Komitees des Völkerbundes zu vertreten. Diese Konferenz gilt der Beratung und Entscheidung über Fragen der Staatenlosen.

Die Exekutive hat Herrn Lucien Wolf, den Vertreter des Joint Foreign Committee und der Alliance Israelite, ersucht, seinerseits Vorschläge zur Lösung des Problems der Staatenlosen zu machen; diese Vorschläge sollen dem Sachverständigen-Komitee unterbreitet werden.

In seiner ersten Sitzung behandelte das Sachverständigen-Komitee des Völkerbundes die Frage der Pässe für Staatenlose. Es wurde die Notwendigkeit anerkannt, den Staatenlosen wirkliche, in allen Ländern der Welt gültige Pässe zu geben, damit sie in ihrer Freizügigkeit nicht behindert sind. Es wurde beschlossen, daß denjenigen, die keinen Heimatpaß besitzen, seitens ihres jetzigen Aufenthaltslandes Pässe ausgestellt werden sollen. Diese Beschlüsse werden der Verkehrskommission des Völkerbundes zur Genehmigung unterbreitet werden.

Die polnische Regierung kommt den jüdischen kulturellen Forderungen allmählich entgegen. Warschau. Der neuernannte Unterrichtsminister, Dr. Dobrucki, empfing die Vertreter der jüdischen Presse und sprach sich ihnen gegenüber über die Beziehung der Regierung zu den jüdischen nationalen, religiösen und kulturellen Forderungen aus. Der Minister betonte, er werde die liberale Politik seines Vorgängers, des Vizepräsidenten Bartel, fort-

Ein neuer Beschluß des bayerischen Landtags in der Schächtfrage

München. (JTA.) Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit einem Antrag der Nationalsozialisten zur Schächtfrage. Der Landtag hatte bekanntlich am 8. Juli 1926 einen Beschluß gefaßt, der die Staatsregierung ersuchte, 1. alsbald gesetzliche Anordnungen zu erlassen, wonach Rinder, Schafe, Ziegen und andere Wiederkäuer, Pferde, Esel, Maulesel, Maultiere, Schweine und Hunde, die geschlachtet werden, vor Beginn der Blutentziehung zu betäuben sind; 2. durch gesetzliche Anordnungen sicherzustellen, daß überall dort, wo es möglich erscheint, die Betäubung des Schlachtviehs statt durch freien Kopfschlag durch mechanisch wirkende Geräte (Schußboizen usw.) erfolgt, die geeignet sind, die Betäubung oder den sofortigen Tod des Tieres herbeizuführen.

Dieser Beschluß des Landtags ist bis jetzt nicht ausgeführt worden. Zwar ist der Entwurf eines Gesetzes über das Schlachten von Tieren vom Ministerium des Innern schon vor längerer Zeit ausgearbeitet worden, der Ministerrat hat aber den Entwurf noch zurückgestellt, um das Ergebnis der im Gange befindlichen, den rituellen Schächtvorschriften genügenden Betäubungsversuche chemischer Natur abzuwarten.

Von den Nationalsozialisten ist nunmehr ein Antrag eingebracht worden, daß ein Gesetzentwurf im Sinne des Landtagsbeschlusses vom 8. Juli 1926 ohne weitere Verzögerung vorgelegt wird. Berichterstatter Abg. Dr. Buttman (Nationalsozialist) erklärte es als eine Verpflichtung des Landtags, dafür zu sorgen, daß der Wille des Parlaments durch die Regierung erfüllt werde.

Mitberichterstatter Abg. Dr. Scharnagl (Bayerische Volksp.) bemerkte, er habe immer noch die Auffassung, daß man hier auf eine schiefe Bahn komme und betonte, man dürfe sich über die Bedenken vom Standpunkt der Gewissensfreiheit nicht so leicht hinwegsetzen. Auch müsse die Frage der staatsrechtlichen Zulässigkeit eines derartigen bayerischen Gesetzes aufgeworfen werden. Er verweise in dieser Beziehung auf das Gutachten von Prof. Dyroff, das zu dem Schlusse komme, daß eine reichsgesetzliche Regelung vorliege und die Zuständigkeit der Länder nicht gegeben sei.

Der Vertreter der Staatsregierung teilte mit, daß der bereits fertiggestellte Gesetz-

entwurf zurückgestellt wurde, um die im Gange befindlichen Betäubungsversuche abzuwarten. Diese Versuche würden hauptsächlich mit chemischen Mitteln, mit Chloral-Hydrat ausgeführt und seien noch nicht abgeschlossen. Das Gutachten von Professor Dyroff komme zu dem Ergebnis, daß eine Zuständigkeit der Länder zum Erlaß eines Schächtverbots nicht gegeben sei.

In der Aussprache ging Abg. Dr. Högner (Soz.) auf die verfassungsrechtliche Frage ein und bemerkte, die Staatsregierung habe sich nicht gewagt, den Landtagsbeschluß durchzuführen, habe es aber für erforderlich gehalten, etwas zu warten. Die Gründe, die von der Regierung vorgebracht werden, seien beachtlich.

Abg. Doerfler (Nationalsoz.) warf die Frage auf, was die Staatsregierung dann tun werde, wenn die Versuche mit den Betäubungsmitteln negativ ausfallen würde und stellte einen Abänderungsantrag, wonach der Landtag die alsbaldige Erledigung des Landtagsbeschlusses vom 8. Juli vorigen Jahres erwartete.

Auf Befragen teilt ein Vertreter der Regierung mit, es sei selbstverständlich, daß nach Ablauf der Versuchsfrist sich der Ministerrat neuerdings mit der Vorlage befassen müsse. An ein Zurückstellen der Vorlage auf unbestimmte Zeit sei nicht gedacht.

Abg. Dr. Hilpert (Deutschl.) erklärte seine Zustimmung zum Antrag Buttman. Wenn die Versuche, die jetzt mit so überflüssiger Gründlichkeit durchgeführt werden, beendet seien, dann werde sich das orthodoxe Judentum doch nicht zufrieden geben.

Nach weiterer Debatte wurde, nachdem die Abg. Dr. Högner (Soz.) und Frau Aschenbrenner (KPD.) erklärt hatten, daß ihre Fraktionen sich der Stimme enthalten werden, der Antrag Dr. Buttman mit knapper Mehrheit abgelehnt, der Antrag Dörfler zurückgezogen, dagegen mit 13 Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten, der Kommunisten und des Bauernbundes ein Antrag Dr. Scharnagl (B. Vp.) angenommen, der lautet: „Die Staatsregierung wird ersucht, den in Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 8. Juli 1926 geforderten Gesetzentwurf vorzulegen, sobald die Versuche über eine den rituellen Vorschriften des Judentums entsprechende Betäubungsart zum Abschluß gekommen sind. Sie soll auch auf möglichst baldigen Abschluß dieser Versuche hinwirken.“

Eine Kundgebung der polnischen Zionistischen Exekutive zum Agency-Abkommen — Glückwünsche an Weizmann. Warschau. Aus Anlaß des zwischen Dr. Weizmann und Louis Marshall in Newyork unterzeichneten Abkommens betreffend die Neubildung der Jewish Agency erließ das Exekutivkomitee der polnischen zionistischen Organisation eine Kundgebung, in der gesagt wird: Dieses Abkommen ist von größter Wichtigkeit für die Sache des Zionismus, da es die amerikanischen Juden in der Arbeit für den Aufbau Palästinas geangest hat. Es ist Pflicht der polnischen Zionisten, angesichts dieser Tatsache, ihre Arbeit für Palästina zu verdoppeln. — Das Exekutivkomitee hat an Dr. Weizmann ein Telegramm gerichtet, in welchem es ihn zu dem Abschluß des Abkommens beglückwünscht.

Spinoza-Felern. Amsterdam. (JTA.) Am 21. Februar wird auf dem Platze hinter der Nieuwe Kerk in Haag, woselbst sich unter der Erde die sterblichen Ueberreste Spinozas befinden, ein Grabstein enthüllt. Der Grabstein wird von einem kleinen Rosengarten umgeben sein. Abends findet eine Gedenkfeier statt, an welcher zahlreiche holländische und ausländische Gelehrte teilnehmen. Ansprachen halten Prof. Léon Brunschwig (Paris), Dr. J. H. Carp (Gaaß), Dr. Carl Gebhardt (Frankfurt a. M.), Prof. Adolf Rava (Padua), sowie ein englischer Gelehrter. Am 22. Februar wird das Spinoza-Haus an der Paviljoensgracht 72/74 eingeweiht werden. Die Straßenfront des Hauses wurde wieder in den alten Zustand versetzt, auch im Innern des Hauses wurden Wiederherstellungen vorgenommen. Am 24. Februar findet dann, wie schon mitgeteilt, im Gebäude selbst, das auch eine kleine Ausstellung von Spinoziana umfassen wird, ein Spinoza-Kongreß statt.

Rückgang der Juden in Ostpreußen. Königsberg. (JTA.) Die Ergebnisse der Volkszählung vom 16. Juni 1925 liegen jetzt auch hinsichtlich der Religionszugehörigkeit vor. In der Hauptstadt Königsberg, wie in der gesamten Provinz, mit Ausnahme einiger Kreise, ist ein Rückgang zu verzeichnen. Das Gemeindeblatt bemerkt, daß ein Rückgang um 10,7 Proz. in einem Zeitraum von fünfzehn Jahren zu denken gibt. Die Gründe sind vor allem in der Abwanderung ins Reich, dann aber auch in einem gewissen Rückgang der Geburten unschwer zu finden. Die Gesamtbevölkerung Ostpreußens ist von 2 147 342 im Jahre 1910 auf 2 256 594 im Jahre 1925 gestiegen. Die evangelische Bevölkerung nahm in dieser Periode um 4,5 Proz. zu, die katholische um 2,4 Proz. ab. Juden zählte man 1910: 12 715; 1925: 11 348; die Abnahme beträgt demnach 10,7 Proz. In der Stadt Königsberg lebten 1910: 4 565, 1925: 4 049 Juden; die Abnahme beträgt 11,3 Proz.

Eine Kundgebung Bialystoker Juden gegen den Film „Ben Hur“. — Und was die deutschvölkische Presse dazu sagt.

Berlin. (JTA.) Mehrere deutschnationale und deutschvölkische Zeitungen brachten eine Nachricht aus Bialystok, daß die dortige Jüdische, vom Ortsrabbiner angestiftet, gegen die Aufführung des — übrigens auch in Berlin viel gegebenen — Films „Ben Hur“ demonstriert und die Absetzung dieses Films durchgesetzt habe. Die genannte Presse führt dies als Beispiel an für die Ueberheblichkeit des Judentums. Wie uns unser Warschauer Korrespondent mitteilt, hat sich die Sache folgendermaßen zugetragen: Das Kino, in welchem der Film „Ben Hur“ gegeben wurde, liegt im jüdischen Viertel und wird nur von Juden besucht. In seiner Predigt wies der Rabbiner darauf hin, daß der Film, obwohl er jüdischen Stolz und Heldengeist verherrlicht, dennoch eine Bekehrungs-idee verkörpert, da er damit endigt, daß der jüdische Fürst Ben Hur Christus als den König von Juda anerkennt. Unter der orthodoxen jüdischen Bevölkerung war die Meinung entstanden, es handele sich um einen Missionsfilm. Mehrere gesetzestreue Juden verlangten von dem Kinobesitzer, der selber ein orthodoxer Jude ist, die Absetzung des Films. Dieser fügte sich schließlich dem Wunsche seiner Glaubensgenossen.

Reihe
ultus
schih
ter
jessa

Das
ich in
der Zu
kennen
owohl
als au
den ver
hat. De
stehen
meten
Kardor
Ministe
Deutsch
Ehrena
wärtig
Reichst
Bank C
Profess
dierp
Staats
versam
Puende
nteres

Dies
in A
teress
der
sche
e au
lan h
volks
stina
auwe
sitet
ähig
völker
merke
em h
fortsc
ar an
farma
noder
nen er
sent
für